



ICKINGER SCHAUKASTEN

Herausgegeben von der
Ickinger SPD

16. Jg.

56. Ausgabe
Mai 1997

Liebe Ickingerinnen und Ickinger,

und wieder soll ein Projekt der Gemeinde, das schon seit vielen Jahren und mit viel Geld geplant war, sterben. Aber es geht hier nicht nur um das sogenannte **Einheimischenmodell am Schäftlarnner Weg**, es geht um den gesamten kommunalen Wohnungsbau und seine Förderung. Daß unser Bürgermeister noch nie ein Freund des Einheimischenmodells war, hat er selbst erst wieder bei der Bürger-versammlung deutlich gesagt. Befremdlich ist jedoch für mich viel mehr, daß sich mittlerweile auch Gemeinderäte, die dem Projekt lange die Stange gehalten haben, abwenden. Warum jetzt und warum so plötzlich muß gefragt werden, nachdem die Projekte nach anfänglicher Euphorie nur noch stiefmütterlich behandelt wurden.

Also auch hier das **Ende nach langem Siechtum**? An mangelnder Nachfrage kann es meines Erachtens nicht liegen, haben sich doch Baulandpreise und -angebot oder bezahlbare Mietwohnungen seit Mitte der 80er-Jahre nicht zum Besseren verändert. Die **leere Gemeindekasse** soll der Grund sein. Vordergründig! In Wirklichkeit scheint es anders zu liegen. Das ganze Projekt solle "privatisiert" werden. Doch jeder versteht darunter etwas anderes. Manche überlegen neue Finanzierungsformen, das ist in Ordnung. Andere wollten das Modell so noch nie und sind ganz gierig darauf, die Grundstücke auf dem freien Markt zu verhökern - meistbietend. Wiederum andere haben aus ideologischen Gründen etwas dagegen. In der Tat tun sich manche schwer,

hinter dieser Wortklingelei zu verstecken, was ihnen gar nicht so unrecht wäre. Vielleicht finden sie es ja ganz in Ordnung, daß auch zukünftig nur diejenigen, die sich 500 bis 1000 DM für den Quadratmeter leisten können, zu den Glücklichen zählen sollen, die hier angemessen wohnen werden.

Viel schlimmer ist jedoch, daß der sichtbare **Bedarf und die Notwendigkeit**, Wohnraum zu schaffen, leichthin abgetan wird. So spricht Bürgermeister Guggenmos davon, daß ihm nur eine Familie bekannt sei, die Interesse am geplanten Mietwohnungsprojekt der Gemeinde habe. Und er stützt seine Erkenntnis darauf, daß man keinen Ickinger für das freiwerdende Häuschen an den Ickinger Brunnen habe finden können. Im Zusammenhang mit dem Einheimischenmodell spricht er gar davon, daß er schon verstehen kann, wenn jemand ein "**Schnäppchen**" machen will. Im übrigen hätte man nur eine Familie in der Gemeinde, die die Sozialwohnungskriterien erfüllt.

Finden Sie es in Ordnung, so leichthin ein Thema, das insbesondere die finanziell nicht so potenten jungen Familien betrifft, abzutun? 1985 haben in einer Gemeindeumfrage an die hundert Familien Interesse bekundet. Kann es sich die Gemeinde leisten ohne neue Bedarfsermittlung die Projekte auf die lange Bank zu schieben? Auch wenn der Kanal teuer und zeitaufwendig ist, mindestens für die Bedarfsermittlung sollte ein politischer Wille vorhanden sein. Über die Art der Realisierung streiten wir dann anschließend.

Herzlichst

*Ihr
Frank Jäger*

Icking - kein Platz für junge Familien ?! Hat das Einheimischen-Modell in Icking eine Zukunft ?

von Gerd Jakobi

Eine Idee geht in Kürze einem Jubiläum entgegen - Am Schäftlamer Weg sollte nach dem Willen von Altbürgermeister Stocker und dem damaligen Gemeinderat für einheimische, normal betuchte Bürger Bauland zu günstigen Konditionen bereitgestellt werden. Die Gemeinde kaufte zu diesem Zweck 1983 von der Stadt München das inzwischen bekannte Grundstück. Sie kam damit dem Wunsch vieler Ickinger Bauwilliger entgegen und wollte so auch den in der bayerischen Verfassung verankerten Auftrag zur Baulandbeschaffung durch die Kommunen erfüllen.

DER BLICK ZURÜCK

Was danach kam, rief zuerst Euphorie, dann tiefe Niedergeschlagenheit bei den Befürwortern und den vorgesehenen Nutzern hervor. Der Weg führte über einen schwungvoll durchgeführten Architektenwettbewerb, über unbeschreibliche Anstrengungen seitens der Gemeindeverwaltung und des Rates gegenüber den beteiligten Behörden, bis zur angedrohten gerichtlichen Verhinderung des Projektes durch einen Anlieger. Dabei mangelte es nicht an prominenten Mitstreitern wie der Obersten Baubehörde (vertreten durch Hn. BauDir. J. Nußberger) und Landratsamt (vertreten durch Kreisbaumeister Neu- gebauer), die in der Jury des Wettbewerbs eine wichtige Rolle spielten.

Ein Haupthindernis bei der Verwirklichung war die Frage nach der "geordneten Abwasserbeseitigung". Eine teure Zwischenlösung hat sich durch die inzwischen ins Land gegangene Projektverzögerung von selbst erledigt. Die für diesen Bauabschnitt geplante Realisierung des Kanalanschlusses (Anfang 2000) erübrigt die vorgesehene Klärung und Versickerung der Abwasser vor Ort, an der sich auch der Widerstand der betreffenden Anlieger festgemacht hatte.

Trotz allem, der Bebauungsplan steht jetzt. Steht auch die Mehrheit des Gemeinderates noch hinter diesem preisgekrönten Projekt ?

BRAUCHEN WIR DAS ÜBERHAUPT NOCH ?

Seit der letzten Bewerber-Ermittlung sind bald 15 Jahre vergangen. Viele der ehemaligen Interessenten sind inzwischen notgedrungen weggezogen oder haben die Hoffnung auf ein Stückchen eigenes Bauland in ihrem Heimatort aufgegeben. Neue und vor allem junge Familien sind inzwischen hinzugekommen.

Wir möchten deshalb an dieser Stelle alle in Frage kommenden Ickinger ermutigen, sich schon jetzt bei der Gemeinde zu melden, um ihren gewählten Vertretern im Gemeinderat zu zeigen, daß hier dringend Handlungsbedarf besteht.

Die Zeichen für einen Erfolg stehen auch nicht schlecht. Haben doch PWG und CSU - nach jahrelanger Abstinenz in dieser Sache - inzwischen ebenfalls zwei weitere kleinere Projekte in Spatenloshausen und Dorfen ins Gespräch gebracht, die Icking für die kommenden Jahre ebenfalls gut gebrauchen kann. Die Gemeinde muß wissen, wieviele Bewerber es zur Zeit gibt. Deswegen wird die SPD im Gemeinderat eine Bürgerinformation und -abfrage beantragen. Wir glauben, daß es im Sinne einer verantwortungsvoll geplanten Entwicklung unseres Ortes unverzichtbar ist, alle gemeindlichen Möglichkeiten der Baulandbeschaffung aus sozialen Gründen auszuschöpfen, aber Planungssicherheit muß gegeben sein.

GRUNDSTÜCKE BEZAHLBAR ?

Wir meinen: Ja ! Der Baugrund wurde damals für 175 DM / m² gekauft. Die Gemeinde ist nach unseren Recherchen bei der vorgesehenen Verwendung nicht gezwungen, das eingesetzte Kapital über die inzwischen vergangenen Jahre marktüblich zu verzinsen. Rechnet man die Erschließungs-, Planungs- und Erwerbskosten zusammen, so kann ein **Quadratmeterpreis von 300 DM festgelegt werden.**

Bei Grundstücksgrößen von 450 bis 600 m² pro Parzelle belaufen sich die Kosten für den Kauf bzw. die Berechnung der beschlossenen Erbpacht für den künftigen Bauherren auf ca. 150.000.- bis 200.000 DM. Das entspricht ungefähr einem denkbaren monatlichen Erbpachtzins von ca. 300.- bis 400 DM je Grundstück !

Diese sinnvolle Lösung setzt aber den entsprechenden politischen Willen des Gemeinderates voraus !

WAS IST JETZT ZU TUN ?

Bis zur Anschlußmöglichkeit der vierzehn geplanten Grundstücke bzw. Häuser am Schäftlamer Weg an die Abwasserkanalisation vergehen noch etwa drei Jahre. Diese Zeit muß ab sofort für die folgenden Arbeitsschritte genutzt werden:

- ✓ **Wir müssen im Gemeinderat den Vergabekriterienkatalog an die heutigen Gegebenheiten anpassen und Verkaufs- und Erbpachtbedingungen bestimmen.**
- ✓ **Der wirkliche Bedarf in der Ickinger Bevölkerung ist - getrennt nach Wohneigentum und Mietwohnraum - durch eine Abfrage zu ermitteln.**
- ✓ **Als Ergebnis dieser Abfrage müssen wir gegebenenfalls den Bebauungsplan anpassen.**
- ✓ **Anhand der Abfrage muß der Gemeinderat die Auswahl und Reihung der Berechtigung der Bewerber vornehmen.**
- ✓ **Danach ist an die Berechtigten zu verkaufen bzw. in Erbpacht zu vergeben.**
- ✓ **Parallel dazu kann die Erschließung des gesamten Grundstücks in Angriff genommen werden.**
- ✓ **Schließlich können die Bauherren ihre Häuser planen und aufbauen und an den zeitgleich fertiggestellten Abwasserkanal anschließen - im Jahr 2000 !?**

Es gibt also viel zu tun, packen wir's an !

AGENDA 21 auf den Weg gebracht

Wie sie der Tagespresse bereits entnehmen konnten, ist es der Initiative eines unserer Gemeindebürger - **Klaus Kreuzer** - zu verdanken, daß nun auch in Icking sich eine lokale Arbeitsgruppe formiert, die die Anstöße der Agenda 21 für einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen umsetzen soll.

Daß auch die Gemeinde Icking und der Bürgermeister als Einladende der ersten Veranstaltung fungierten, ist nach anfänglich widersprüchlichen Aussagen des Bürgermeisters in der Presse ("*Icking braucht keine Agenda*") um so begrüßenswerter.

Wir bitten alle IckingerInnen, die weiteren Veranstaltungen ebenso gut zu besuchen wie die erste.

Bitte informieren sie sich aus den Zeitungen über die nächsten Veranstaltungen, die bald folgen werden.

EINE MITTEILUNG DER REDAKTION

Im letzten *SCHAUKASTEN* haben wir den Lesern versprochen, alle Fragen, die bis jetzt im Zusammenhang mit dem Kanal aufgetaucht sind, nochmals systematisch zu erfassen und zu beantworten. Das hat Tradition im *SCHAUKASTEN*. Durch ihn wurden Sie stets eingehend und kompetent informiert. Mittlerweile hat aber die Gemeinde eine eigene Informationsschrift an alle Haushalte verteilt. Diese ist umfangreich und auf dem neuesten Stand. Nach jahrelanger Information durch den *SCHAUKASTEN* gibt es (noch) nichts Neues zu diesem Thema zu berichten. Besonders für die Kosten, die auf uns zukommen werden, gilt das bereits Gesagte. Selbstverständlich halten wir sie auch weiterhin über alle Neuigkeiten zu diesem Thema auf dem laufenden.

Impressum:

Der Schaukasten wird herausgegeben vom OV Icking der SPD. V.i.S.d.P.: Frank Jaeger, Irschenhauser Str. 75, 82057 Icking, Tel.: 08178-955042, Fax: -955041. Redaktion: Frank Jaeger, Florian v. Brunn, Gerd Jakobi. Auflage: 1200 Stück; Druck: Fa. Paetzmann, Wolfratshausen. Gedruckt auf 100 % chlorfrei gebleichtem Papier.

Die Senkung des Spitzensteuersatzes schafft keine Arbeitsplätze !

von Florian von Brunn

Das Konzept einer abgewirtschafteten Regierung und eines orientierungslosen Kanzlers lautet: Für niedrige Löhne und hohe Gewinne sorgen, die Spitzenverdiener entlasten und den Sozialstaat abbauen.

Das sind die Glaubenssätze sogenannter "neoliberaler Wirtschaftspolitik". Edmund Stoiber umschreibt es schönfärberisch so: Arbeitsplätze könne die Politik nur noch dann schaffen, wenn sie die Rahmenbedingung für die Wirtschaft verbessere. Nach diesem Konzept bemühen sich Konservative und Liberale in den USA, Deutschland und Großbritannien bereits seit Beginn der achtziger Jahre um "Jobs, Jobs, Jobs" oder besser: "Profite, Profite, Profite". Nur leider ist der Erfolg fragwürdig. CDU/CSU und FDP würden ihr eigenes Versagen ja gerne der SPD zuschieben. Aber auch der Blinde und der Taube sollten inzwischen wissen, wer seit 1982 dieses Land regiert.

Über das Versprechen des Kanzlers, bis zum Jahr 2000 die Zahl der Arbeitslosen zu halbieren, schütteln mittlerweile schon die eigenen Gefolgsleute den Kopf. Die versprochenen "blühenden Landschaften" veröden bereits vor ihrem Erblühen. Auch in den anderen Staaten, in denen eine **neoliberale Wirtschaftspolitik** betrieben wird, sieht es nicht besser aus: In Großbritannien ist der Sozialstaat ruiniert, die Infrastruktur in einem erbärmlichen Zustand, die Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit schlechter als vor Thatcher - und **Labour** wieder an der Regierung. Der Wirtschaft geht es dort zwar seit 1992 wieder besser. Aber das nur deswegen, weil sich **JOHN MAJOR** vom ganz harten Kurs der **MAGGIE THATCHER** verabschiedet hat und die Englische Zentralbank die Zinsen deutlich gesenkt hat. Ein niedrigeres Pfund hat zudem die Exportchancen deutlich verbessert. Das hat die Konjunktur belebt.

Die USA haben nach Japan angeblich die niedrigste Arbeitslosigkeit. Wie hoch sie aber wirklich ist, bleibt umstritten. Fest steht auf

jeden Fall: 14 Millionen Amerikanern geht es nicht besser als den Unterschichten in den Slums von Manila oder Bangladesch. Und **42 Millionen Menschen** leben unterhalb oder am Rande des Existenzminimums. In den USA gibt es dafür seit einiger Zeit ein neues Wort. Es sind dies die "Working Poor". Das sind Menschen, die zwar einen Arbeitsplatz haben, aber trotzdem bettelarm sind. Das robuste Wirtschaftswachstum, steigende Einkommen und Gewinne kommen ausschließlich dem oberen Drittel der Gesellschaft zugute.

Was ist das für ein Wachstum, von dem zwei Drittel ausgeschlossen bleiben?

Auch die Steuerreformpläne unserer Regierung zielen auf die Verbesserung der "Angebotsbedingungen". Hier gilt das bekannte Credo: Oben geben, den Arbeitnehmern nehmen. Wer die neuen abgesenkten Steuertarife betrachtet könnte zu dem Schluß kommen, da hätten alle etwas davon. Das sieht schon anders aus, wenn man die "Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage" berücksichtigt. So sollen beispielsweise die Fahrtkostenpauschale deutlich reduziert, Nacht- und Feiertagszuschläge voll besteuert werden. Die Folge: Eine Verkäuferin, die mehr als zwanzig Kilometer in ihre Arbeit fährt, ein Facharbeiter in der Druckindustrie, der Nachtschichten schiebt, **zahlen mehr als vorher**. Das sind nur zwei Beispiele und die Liste ließe sich beliebig verlängern. Soviel zum Thema: "Leistung muß sich wieder lohnen."

Nach den Steuergeschenken für Spitzenverdiener wird wohl eine christlich-liberale Fürbitte erklingen: "Oh, investieret für uns ...!" Leider hat aber bereits der ehemalige Wirtschafts und Finanzminister und Nationalökonom **KARL SCHILLER** erkannt: "Man kann die Pferde zwar zur Tränke führen, saufen müssen sie aber selber !" Was er meinte: Eine Garantie, daß unter bestimmten Bedingungen mehr investiert wird, gibt es nicht. Zur Zeit spricht nichts für einen neuen Investitionsboom. Es soll zwar der Export in

den nächsten Jahren um 7 und 6,5 Prozent steigen, aber das reicht nicht aus, um einen kräftigen Wachstumsschub auszulösen.

Ein Wachstum, das Arbeitsplätze schafft, käme nur über eine deutliche Zunahme der Investitionsnachfrage und über eine Anhebung der Massenkaufkraft zustande. Tatsächlich wird aber die Inlandsnachfrage von dieser Regierung ständig weiter beschnitten. Durch fallende Reallöhne und immer neue Sparprogramme. Welches Unternehmen investiert aber dann, wenn die Absatzwartungen schlecht sind ?

CDU/CSU und FDP erklären vollmundig, ihre Steuerreform bringe eine "Nettoentlastung von 30 Milliarden DM." Woher soll das Geld kommen ? Unter anderem durch die weitere Kürzung von Sozialleistungen und staatlichen Investitionen. Doch Waigel und Rexrodt übersehen, daß solche Kürzungen immer gesamtwirtschaftliche Folgen haben. **Geringere Nachfrage, sinkender Absatz der Unternehmen, weitere Entlassungen von Arbeitnehmern und so weiter**. Am Ende steht der Staat mit weiter sinkenden Steuereinnahmen und höheren Sozialausgaben da, muß nochmals kürzen und sparen und der Teufelskreis beginnt von vorne.

Es kommt aber noch dicker: Die Regierung will die Abschreibungsmöglichkeiten der Unternehmen verschlechtern. Reduzierung der degressiven Abschreibung, vollständige Streichung von Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe, Verschlechterung der Abschreibungen für privates und gewerbliches Bauen. Nutznießer sind die Unternehmen die wenig investieren. Betriebe dagegen, die viel investieren und damit Arbeitsplätze schaffen, werden benachteiligt. Allein für die Bauindustrie hat das **DEUTSCHE INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (DIW)** in Berlin berechnet, daß mittelfristig die Investitionen im Wohnungsbau um 8 Prozent und um 14 Prozent für gewerbliche Bauinvestitionen zurückgehen werden. Das bedeutet: **weitere Arbeitsplatzverluste am Bau - und bald schon höhere Mieten**.

Die geplante Steuerreform von CDU/CSU und FDP ist eine Katastrophe: noch mehr Arbeitslosigkeit, höhere Schulden und Umverteilung von unten nach oben wären die Folge. Die Bereitschaft, das Ruder herumzureißen läßt diese Regierung nicht erkennen. Die SPD wird deshalb im Streit nur dann noch einmal verhandeln, wenn

die Regierung bereit ist, mittlere und niedrige Einkommen durch einen höheren Grundfreibetrag zu entlasten und die Sozialversicherungsbeiträge um 2 Prozent zu senken. Außerdem müssen die Familien durch ein höheres Kindergeld entlastet werden. Und durch eine Erhöhung der Mineralölsteuer müssen die versicherungsfremden Leistungen aus der Renten- und Arbeitslosenversicherung herausgenommen werden. Allein die Senkung der Lohnnebenkosten um 2 Prozentpunkte wird nach Berechnungen des DIW bis zu 150.000 neuer Arbeitsplätze schaffen. Bis jetzt haben aber Kohl und Waigel aus diesen Kassen 180 Milliarden DM entnommen.

Es ist wirtschaftlich, politisch und moralisch falsch, daß sich der Staat zur Finanzierung der Wiedervereinigung aus den Kassen der Sozialversicherungen der Arbeitnehmer bedient !

DIE ANTWORT DER SPD

In den letzten Jahren sind die staatlichen Investitionen immer weiter gekürzt worden. Bei schwachem Wirtschaftswachstum und steigender Arbeitslosigkeit hat der Staat gespart und damit die Krise verschärft. Die bayerische SPD hat daher auf ihrem Landesparteitag im Memmingen ein Zukunftsinvestitionsprogramm beschlossen.

Es sieht unter anderem Investitionen in den Gemeinden für die Sanierung der Wasser- und Abwasserkanäle, in den Aufbau von Kommunikations- und Verkehrsnetzen und in der Solartechnologie ("100.000-Dächer-Programm) vor. Diese Maßnahmen sollen kreditfinanziert werden. Damit aber keine Schuldenberge wie unter der jetzigen Regierung auflaufen, wird ein Rückzahlungsmechanismus gesetzlich festgelegt, der bei anspringender Konjunktur automatisch greift.

Mit diesem Programm können in den nächsten 5 Jahren **500.000 zusätzlicher Arbeitsplätze geschaffen werden**. Das zusätzliche Wachstum und die höheren Steuereinnahmen aufgrund der besseren Konjunktur würden es schließlich sogar leichter machen, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Nur zusammen mit anderen Maßnahmen ist eine Steuerreform also sinnvoll. In ihrer jetzigen Gestalt ist sie ein Programm zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit.

A propos, was macht(e) denn...

...Johann Stocker, Altbürgermeister und Jubilar

von Lore und Pitt Baumüller

In einer neuen Serie wollen wir Ihnen bekannte und weniger bekannte Menschen aus unserer Gemeinde vorstellen, die einen besonderen Bezug zu Icking und seiner Geschichte haben.

Johann Stocker, der langjährige Bürgermeister unserer Gemeinde, was erzählt er uns über vergangene Zeiten und die Entwicklung seines Dorfes in den letzten 75 Jahren?

Vieles hat sich verändert, seit Hans Stocker ein Schulbub war. Immerhin konnte er schon damals nach Icking in die Schule gehen - natürlich immer zu Fuß. Seine Großväter, 1850 und 1851 geboren, mußten noch in die Volksschule ins Kloster hinunter, dort war die einzige weit und breit. 1876 gab es dann auch in Icking eine Schule. Sie war in der ehemaligen Schmiede an der Hauptstraße gegründet worden, ein Gemeindegebäude gab es noch nicht. Der einzige Lehrer, Eitelburger hieß er, unterrichtete alle Klassen in einem Raum.

Als Stocker 1928 eingeschult wurde, gab es etwa 40 Schüler. Sieben Klassen wurden unterrichtet, ab 1935 wurde dann eine 8. Klasse zur Pflicht. Lehrer Feicht gab sehr interessanten Geschichtsunterricht, den sich Hans viel lieber anhörte als die Rechtschreibung zu üben. Noch heute hat er sich deswegen ein waches Geschichtsbewußtsein und Wissen erhalten.

Damals waren die Kinder von Herbst bis Frühling den ganzen Tag in der Schule, mit einer Mittagspause von 1 Stunde.

Nach dem Schulabschluß arbeitete Stocker auf dem elterlichen Hof und erlernte das Schächlerhandwerk. Eine Familientradition, da bereits der Vater und der Großvater Schächler waren. Hölzerne Waschzuber, Odfässer, Krautfässer etc. waren notwendige Dinge, außerdem bauten sie Zäune. Hans war damals der einzige Bauernsohn, der ein Handwerk erlernt hatte. Heute ist das kaum mehr vorstellbar, da nach

dem Schulabschluß in aller Regel eine Ausbildung ansteht.

Im II. Weltkrieg wurde Hans Stocker eingezogen und mußte trotz mehrerer schwerer Verwundungen immer wieder zurück an die Front. Zuletzt im März 1945, wo er dann in russische Kriegsgefangenschaft geriet, aus der er erst 1948 zurückkehrte. Inzwischen war der Vater gestorben, Mutter und Schwester machten die Hofarbeit alleine und es war höchste Zeit, daß wieder ein Mannsbild mitarbeitete. Doch dieses "Mannsbild" wog noch gerade 105 Pfund und hat sich - kaum zu Hause - ausgehungert am mütterlichen Hackbraten so überfressen, daß der Doktor herbeigeholt werden mußte. Von nun an blieb Stocker in Irschenhausen, heiratete und gründete eine Familie. Die Erhaltung der althergebrachten Bräuche war ihm ein großes Anliegen und er kümmerte sich zusammen mit Michael Sewald um die Wiederbelebung des Trachtenvereins, dessen Vorsitz er 1949 einnahm.

Ein neuer Maibaum wurde bemalt und geschmückt. Aber woher das Fahmentuch nehmen? Mutter Stocker wußte Rat, hatte sie doch das alte Fahmentuch von 1933 eingemottet. Jetzt konnte es wieder flattern. Ab 1959 gab es die Irschenhauser Blasmusik, in der Hans Stocker das Flügelhorn bließ. Einer Trompete ähnlich, aber voller im Klang.

Im Jahr zuvor war er zum ersten Mal Gemeinderatsmitglied geworden, was er bis 1990 blieb. Davon die letzten 24 Jahre (!) als Bürgermeister der Gemeinde.

Hans Stocker hat so manche Veränderung in Irschenhausen erlebt. In den Jahren nach 1937 zählte man in Irschenhausen 5 "Roßbauern", 8 "Ochsenbauern", darunter waren schon damals teilweise Nebenerwerbsbauern, und 10 Villen. Inzwischen schaut es etwas anders aus. Stocker empfindet das aber nicht als negativ. Vielmehr bedauert er, daß die Kontakte untereinander nicht mehr so lebendig sind. "Früher ist man halt zu Fuß oder mit dem Radl einander begegnet und hatte Zeit für einen kleinen Ratsch, - heut'

fährt man mit dem Traktor oder dem Auto aneinander vorbei und winkt sich höchstens zu."

Zum Thema "Bauernsterben" meint Stocker, daß das Einkommen der Landwirte nicht mit dem der übrigen Wirtschaft gewachsen ist. Und so ist es seiner Meinung nach bedauerlich aber nur logisch, daß immer mehr Landwirte der jüngeren Generation die Hofwirtschaft aufgeben, um einen anderen Beruf zu ergreifen.

Aber zurück zur Frage: Was macht der Stocker Hans eigentlich jetzt, wo er nicht mehr Bürgermeister ist und täglich ins Rathaus muß? Dorthin geht er, wie er uns sagte, nur noch, wenn er um Rat gefragt wird. Einmischen will er sich nicht mehr. Er lebt im Dorf, bescheiden wie immer, hat vielerlei Interessen, denen er gerne nachgeht und kümmert sich um das Zusammenleben und die Vereine im Dorf. Er geht Sonntags in die Kirche und gelegentlich zum Stammtisch, um die menschlichen Kontakte nicht abreißen zu lassen. Und er pflegt den Stocker Weiher, das Kommunikationszentrum im Dorf. Kaum bildet sich das erste Eis, schaut er nach, prüft die Tragfähigkeit, macht Löcher für die Fische und kümmert sich um das Abräumen der Schneedecke fürs Eisstockschießen und Schlittschuhlaufen und... bricht in der Regel einmal pro Winter ein. Seine Frau sagt dazu nur: "Wenn oana einbricht, nacha bist as Du".

Im Frühjahr schneidet er die Zweige zurück, bringt alles in Ordnung und baut das Floß, damit das inzwischen berühmte Weiherfest stattfinden kann, wo sich sehr zu seiner Freude wirklich alle Leute aus seiner Umgebung treffen.

~*~

Leserumfrage ausgewertet

Teil 1

Die Leserumfrage aus dem letzten SCHAUKASTEN ist abgeschlossen und ausgewertet. Die Resonanz war unerwartet gut. Es gingen per Brief, Fax und durch persönliche Gespräche mehr als 30 Rückmeldungen ein.

Dabei mischt sich Erwartetes mit Unerwartetem. Auf die Frage (1) "Umfang",



Die Mehrzahl unserer Leser wird es bereits wissen: Hans Stocker wurde im April 75 Jahre alt. Dieses aktuelle Bild zeigt ihn so wie wir ihn kennen.

Die Ickinger SPD und die Redaktion des SCHAUKASTEN gratulieren zu diesem Geburtstag ganz herzlich und wünschen Hans Stocker, daß er noch recht lange seinen Teil zum Irschenhauser Dorfleben in Gesundheit beitragen möge.

~*~

antwortet die überwiegende Mehrheit mit o.k. Auch weiterhin wird also je nach Themenanfall der Umfang schwanken. Wir haben uns ein Mittel von 8 Seiten vorgenommen.

Interessant sind die Antworten zu (2), "Aufmachung", Ein Drittel unserer Leser wünscht sich ein Druck auf Recyclingpapier. Dazu müssen wir sagen: **Dieses weiße Papier ist zu 100 % chlorfrei gebleicht und hat einen hohen Anteil Altpapier.** Wir werden weiterhin auf diesem Papier drucken lassen, da es einen guten Kompromiss zwischen Umweltverträglichkeit und Widergabequalität darstellt.

In der nächsten Ausgabe werden wir die Antworten auf die restlichen Fragen präsentieren. Soviel sei verraten: 50 % unserer Leser können sich vorstellen, für den Schaukasten zu zahlen!

AVANTI!

Das Jugendmagazin des Schaukasten

Im "EXIL" tanzt der Bär

das Projektteam berichtet

Das Jugendcafe läuft. Es ist proppenvoll und zieht mittlerweile auch aus anderen Gemeinden junge Leute an. Hier berichtet das Projektteam Jugendcafe aus seiner Sicht.

Ersteinmal wollen wir uns im Namen des "EXILs" ganz herzlich bei den Leuten bedanken, die uns geholfen haben, in Icking ein Jugendcafe einzurichten. Vor allem bei unserem "Urvater" Sebastian Noll (der jetzt leider auch zum studieren weggezogen ist - d. Red.), bei Bürgermeister Guggenmos, Frau Mayer-Voigt, Frau Golling und Nachbarn, dem Gemeinderat, allen "Möbel-Spendern", unseren Helfern und Sponsoren und bei allen, die wir jetzt vergessen haben.

Ihre Unterstützung hat sich gelohnt !!! Das "EXIL" ist immer gut besucht und hat sich als beliebter Treffpunkt der Jugend etabliert. Trotz aller Gerüchte wurden die Probleme, die von außen kamen (Wolfratshausener Jugendliche - d. Red.), bewältigt und das "EXIL" ist mittlerweile wieder ein friedlicher und geliebter Ort. Allerdings werden immer Leute gesucht, die aktiv mithelfen, das "EXIL" am Leben zu erhalten. Vor allem Sonntags beim Putzen! **Es geht daher ein dringender Appell an diejenigen, die zwar kommen, das "EXIL" nutzen und ihren Spaß haben, die aber bis jetzt noch nie geholfen haben. Kommt, schaut und helft mit!**

Wer wird die Idee weitertragen ?

von Frank Jaeger

Es war mir ein ganz besonderes Vergnügen, in den Wochen vor der Kom-

munalwahl 1996 zu sehen, wie alle 16 Gemeinderäte und der Bürgermeister auf Sebi Nolls Idee eines Jugendcafes ansprachen. Um so schöner ist jetzt für alle Beteiligten, zu wissen, daß die Gemeinde auch jetzt, nach der Wahl und nachdem die Kiste angelaufen ist, zum "EXIL" steht.

Aber ich erinnere mich an meine Schulzeit und es war immer das Gleiche. Ob Ickinger Sommer, Schülermitverwaltung, Umweltschutzgruppe oder Schulzeitung, die damals noch "Komet" hieß. All das lebte immer vom Engagement einzelner, die sich dafür fast zerissen haben. Und das war nicht nur in der Schule so. Gingen dann die Leute weg, weil sie die Schule wechseln mußten, wegzogen oder studieren wollten, gab es immer einen Knick, das Engagement war weg. Die Projekte dümpelten vor sich hin. Dann schliefen sie entweder völlig ein, oder es kamen nach einiger Zeit neue Leute und haben das Ganze wiederbelebt.

Das Jugendcafe in Icking kann nur dann überleben, wenn Ihr, die Zielgruppe, Euch rechtzeitig darauf vorbereitet, neue Aktivisten nachzuziehen. **Macht allen klar, daß das "EXIL" nur dann eine Zukunft hat, wenn es aus den eigenen Reihen einen Nachwuchs gibt, der bereit ist Verantwortung zu übernehmen.**

FERIENPROGRAMM SOMMER 97

Zum ersten Mal hat die Gemeinde Icking für Kinder und Jugendliche im Sommer ein Ferienprogramm entwickelt, das zur Zeit 11 Angebote umfaßt.

Informieren könnt Ihr Euch u.a. über die Gemeinde Icking und das Landratsamt Bad-Tölz - Wolfratshausen.

Im Ferienpaß des Landkreises werden die Ickinger Angebote für alle Daheimgebliebenen ebenfalls veröffentlicht.